

Südtirol

90

Dezibel erreichen die Spitzenwerte, die jetzt entlang der Brennerbahn-Strecke gemessen wurden. Damit wird der zulässige Wert der Lärmbelastung um ein Vielfaches überschritten. Gesetzlich zugelassen sind nachts bis zu 60 Dezibel.

„Ich verstehe, dass den Lehrern der Geduldsfaden reißt. Aber ein Wettbewerb ist immer eine Zufallsgeschichte. Solange Hoffnung besteht, ziehe ich das Praktikumsjahr zur Lehrbefähigung vor.“

Schulldesrätin Sabina Kasslatter Mur



Umweltfreundlich, aber alles andere als ohren-freundlich: Züge rattern viel zu laut über die Brenner-Bahnstrecke – vor allem nachts.

Bei Grenzwert fährt der Zug drüber

LÄRM-MESSUNGEN: An der Brenner-Bahnstrecke werden vorgeschriebene Pegel ständig überschritten – Nachts noch lauter als am Tag

BOZEN (ler). Von Nachtruhe können Anrainer der Brennerbahnstrecke nicht einmal träumen. Neue Messungen des Amtes für Luft und Lärm zeigen: In der Nacht rattern die Züge sogar lauter als am Tag und die Grenzwerte werden überall überschritten.

Den guten Ruf als „sauberes“ Verkehrsmittel verdient die Eisenbahn nur zum Teil. Denn bei der Lärmverschmutzung fährt sie weit vor Auto und Lkw.

Dieses Bild zeichnen die Messungen, die das Amt für Luft und Lärm in den Monaten Mai und Juni an insgesamt sieben Stellen an der Brennerbahnstrecke durchführte. Dabei sausten

die Zeiger weit über die Werte, die vom Gesetz her als Obergrenze für zumutbaren Lärm festgeschrieben sind: Am Tag sollte ein Mittelwert von 70 Dezibel nicht überschritten werden, für die Nachtruhe dürfte es nicht lauter als 60 Dezibel sein.

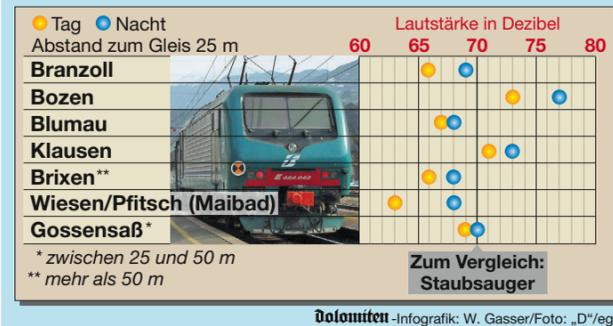
Sollte und dürfte. Denn die Wirklichkeit an der Bahnstrecke sieht anders aus. „Alle Messungen zeigen Überschreitungen der gesetzlichen Grenzwerte. Noch erschreckender ist, dass es bei Nacht lauter ist als am Tag“, fasst Georg Pichler, Direktor des Amtes für Luft und Lärm, die Messergebnisse zusammen (siehe Grafik). Der dickste Lärmteppich wird zur Schlafenszeit in Bozen und Klausen über die Wohngebieten gebrei-

tet, in Gossensaß werden sogar in 25 bis 50 Meter Abstand von den Gleisen 70 Dezibel erreicht – und das sind Mittelwerte; die Spitzen erreichen bis zu 90 Dezibel.

„Auch wenn ich durch den Lärm von der Bahnstrecke nicht aufwache, werde ich etwa alle zehn Minuten im Schlaf gestört“, erklärt Amtsdirektor Georg Pichler. Denn zwischen 22 Uhr und 6 Uhr brausen pro Stunde sechs bis acht Züge durch Wipptal, Eisacktal und an Bozen vorbei durch das Unterland. Auf Dauer könne dieser Lärm chronisch müde und auch krank machen.

Dass das Rattern ausgerechnet zur Ruhezeit besonders laut wird, hat einen einfachen

So laut ist der Zug



Grund. Während die Gleise am Tag meist von moderneren Personenzügen befahren werden, werden in der Nacht die Güterwaggons durch das Land gejagt

– nicht selten mit jahrzehntaltem und daher veraltetem Rollmaterial. Güterzüge neuerer Bauart und auch das Abschleifen von Gleisen in den Kurven

könnte den Lärmpegel deutlich nach unten senken.

Die Messungen selbst sollen dazu dienen, um auf eine dritte Art leiser zu drehen. Die Daten dienen als Unterlagen für den Bau neuer Lärmschutzwände. Das Landesamt ermittelte dafür sogar, wie viele Bewohner in den einzelnen belasteten Häusern leben, um herauszufinden, an welchen Stellen das Geld für die Lärmschutzwände besonders gut angelegt ist.

Fast neun Millionen Euro stehen dafür bereit, der Schienenbetreiber RFI bezahlt 80 Prozent, das Land schießt die restlichen 20 Prozent zu. Bis Jahresende wird ein Ingenieurbüro eine Machbarkeitsstudie zum Bau der Schutzwände erstellen.

Immigrationsgesetz auf Tagesordnung

BOZEN. Nach den großen Reformen – Sanität und Oberstufe – steht auf der Tagesordnung der Landesregierung noch immer ein großes Gesetz: das Immigrationsgesetz. Neben Verwaltungsangelegenheiten werde darüber bei der heutigen Sitzung weiterdiskutiert, erklärt Landeshauptmann Luis Durnwalder. Dabei werden verschiedene Sozialmaßnahmen für Einwanderer überarbeitet und neu geregelt.

Entscheidende Tage für Dieter Steger

LANDTAG: Landtagspräsident dürfte sich für Rückzug aus Landtag entschieden haben – Morgen informiert er die SVP-Fraktion

BOZEN (wib). An diesem Wochenende hat Landtagspräsident Dieter Steger seine Entscheidung getroffen, ob er gegen das Urteil, wonach er unwählbar war, Rekurs einreichen wird. Alles deutet daraufhin, dass er den Sessel im Landtag räumen wird. Seine Entscheidung wird er morgen der SVP-Fraktion mitteilen.

Wie berichtet, hat das Landesgericht unter dem Vorsitz von

Richterin Elisabeth Roilo am 19. November geurteilt, dass Dieter Steger bei den Landtagswahlen 2008 nicht wählbar war. Der Grund: Er saß zum Zeitpunkt der Wahl im Verwaltungsrat einer Gesellschaft mit Landesbeteiligung (Bozner Messe). Dies war zuvor bereits Barbara Repetto (Pd) zum Verhängnis geworden.

Seither überlegt Steger, ob er gegen das Urteil Rekurs einlegen

wird, oder – eben aufgrund der Bestätigung des Repetto-Urteils durch den Kassationsgerichtshof – darauf verzichtet und den Sessel im Landtag räumt. Dass sich eine Entscheidung seinerseits abzeichnet, ist seit Freitag vergangener Woche klar: Da lud der Landtagspräsident seine Fraktion zu einer Sitzung für morgen Vormittag ein. Er selbst war gestern für eine Stellungnahme

nicht erreichbar, doch mehrere Parteikollegen gehen davon aus, dass er den Hut nehmen wird.

Dann dürfte die SVP-Fraktion morgen auch gleich über seine Nachfolge im Landtags-Chiefsessel beraten. Dafür infrage kommen die für Christian Egarter nachgerückte Julia Unterberger, aber auch Rosa Thaler, die bereits von 2006 bis 2008 Vizepräsidentin des Landtages war und

Dieter Steger im November 2008 nur knapp unterlegen ist.

Für Landeshauptmann Luis Durnwalder ist in dieser Angelegenheit wichtig, „dass endlich die Geschäftsordnung überarbeitet wird. Nirgendwo in Europa kann einer die Arbeit von 34 anderen aushebeln.“ Da könne ein Jurist – wie es neben Steger auch Unterberger ist – sinnvoll sein.

DER SCHNAUZER



„Um die heutige Jugend zu verstiahn, brauchts a oagenes Wörterbuach. Sel brauchets für die Aussagen va Politiker a oft.“

Lehrerausbildung wackelt schon wieder

SCHULE: Dekret von Rechnungshof blockiert – Kasslatter Mur: Start im Herbst trotzdem noch möglich – Gewerkschaften fordern Wettbewerb

BOZEN (wib). Schon wieder ist die Lehrerausbildung in Gefahr: Das Dekret des Staates, wonach Lehrer nach Bachelor- und Masterstudium ein einjähriges Praktikumsjahr absolvieren müssen, um die Lehrbefähigung zu erhalten, wird vom Rechnungshof in Rom blockiert. Damit scheint ein Start im nächsten Herbst wieder ungewiss – „aber noch nicht ganz unmöglich“, gibt sich Schulldesrätin Sabina Kasslatter Mur zuversichtlich.

Nicht finanzieller Natur seien die Einwände des Rechnungshofes, sondern inhaltlicher. Das habe man ihr aus dem Ministerium von Mariastella Gelmini mitgeteilt, berichtet Kasslatter Mur. Ge-

nau deshalb vermutet man im Ministerium politische Gründe für die Blockade des Dekretes. Allerdings ist man dort zuversichtlich, dass das Dekret noch innerhalb Jänner vom Rechnungshof registriert wird und in der Folge in Kraft treten kann. „Und solange Hoffnung besteht, glaube ich auch daran“, so Kasslatter Mur. Das Schulamt und die Universität Bozen seien mit den Vorbereitungen für einen Start im nächsten Herbst auf einem guten Weg, weshalb sich ein Start schon noch ausgehen könne.

Wie berichtet, ist das Herzstück der Reform das Praktikumsjahr, das nach dem Erwerb des Studententitels absolviert werden



Sie stehen oft schon seit Jahren im Klassenzimmer, haben aber noch immer keinen unbefristeten Arbeitsplatz: Viele Lehrer warten ungeduldig auf die neue Lehrerausbildung.

Friso Gentsch

muss – in Form von Praktikas an der Schule und von Theorieausbildung an der Uni.

Den Lehrern und Gewerkschaften reißt aufgrund der neuerlichen Verzögerungen der Geduldsfaden. Sie fordern bereits lautstark einen Wettbewerb, um langgedienten Lehrern endlich die Chance auf einen unbefristeten Arbeitsplatz zu geben. „Ich sage nicht strikt Nein zu einem Wettbewerb, aber eine solche Prüfung ist immer eine Zufallsgeschichte, da fliegen dann oft Lehrer mit zehn Jahren und mehr Berufserfahrung, und das finde ich nicht gerecht“, so Kasslatter Mur. Solange Hoffnung bestehe, ziehe sie das Praktikumsjahr vor.